Spangenberger Zeitung.

Amtlicher Anzeiger für die **Stadt Spangenberg.**

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend nachmittag. Bezugspreis vierteljährlich frei ins Haus 1,20 Mk., durch den Briefträger gebracht 1,20 Mk., monatlich 40 Pfg.

Allgemeiner Anzeiger für Stadt und Land.

Telefon Nr. 27.

Schriftleitung, Druck u. Verlag

Telefon Nr. 27.

Hugo Munzer, Spangenberg.

Amtsblatt für das **K. Amtsgericht Spangenberg**

Anzeigen-Gebühr: Die 4gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg. für auswärtige 20 Pfg., Reklamezeile 30 Pfg. Bei größ. Aufträgen entsprechenden Rabatt. Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 47. Sonntag, den 13. Juni 1920. 13. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Ablieferung von Brotgetreide.

1. Wie der Kreisausschuß mitteilt, hat die Stadtgemeinde Spangenberg noch 35 Ztr. Brotgetreide abzuliefern. Die Aufbringung soll derart geschehen, daß von jedem Selbstversorger 8 Pfd. eingezogen werden.

Die Selbstversorger werden hierdurch aufgefordert, diese Menge bis zum 15. Juni an die hiesige Obermühle abzuliefern und den Ablieferungsschein, der von der Mühle erteilt wird, am 16. Juni auf dem Rathaus abzugeben.

2. Der Kreisausschuß will die Mahlkarten für die Zeit vom 16. Juni bis 15. August erst erteilen, wenn die gesamte Menge abgeliefert ist und die Ablieferungsscheine dem vorgelegt sind.

Spangenberg, den 11. Juni 1920.

Der Magistrat.
Schier.

Polizeiverordnung.

Aufgrund des § 5 der Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neuerworbenen Landesteilen vom 20. September 1867, des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, des § 19 der Provinzial-Polizeiverordnung, betr. den Radfahrverkehr, vom 2. Juni 1908 und des § 23 der Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 wird mit Zustimmung des Magistrats für den Bezirk der Stadt Spangenberg nachfolgende Polizeiverordnung erlassen:

Artikel I.

Die §§ 1 und 2 der Polizeiverordnung vom 25. November 1919 (Nr. 94 der Spangenberger Zeitung) erhalten folgenden Zusatz: Auf Hühner findet das Verbot keine Anwendung.

Artikel II.

§ 1.

Es sind verboten:

1. der Verkehr mit Lastwagen jeder Art auf dem Teil der Langegasse, der unterhalb der Abzweigung der Obergasse liegt,
2. der Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Kraftwagen und Krafträder – Motorräder — auf
   a. dem Teil der Langegasse, der unterhalb der Abzweigung der Obergasse liegt,
   b. der Klosterstraße und dem Teil der Straße Neustadt, der oberhalb der Abzweigung der Platzgasse liegt,
3. das Fahren mit Fahrrädern (Radfahrverkehr) auf der Klosterstraße und dem Teil der Straße Neustadt, der oberhalb der Abzweigung der Platzgasse liegt.

Das Verbot erstreckt sich nur auf den Durchgangsverkehr.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Polizeiverordnung werden, sofern nicht nach den bestehenden Vorschriften eine höhere Strafe verwirkt ist, in Gemäßheit des § 366 Nr. 10 des Reichsstrafgesetzbuches mit mit Geldstrafe bis zu 60. – Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 3.

Diese Verordnung tritt am Tage der Verkündigung in Kraft.

Spangenberg, am 8. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung,
Schier.

Kleinhandelshöchstpreise.

Zur Zeit bestehen folgende Kleinhandelshöchstpreise:

Roggenmehl	Mk. 1.20	für das	Pfund;
Weizenmehl	„ 1.25	„	„ „
Roggenbrot	„ 4.10	„	1 Brot zu 4 Pfd.
Brötchen, 50 gr.	„ 0.15	„	das Stück
Zucker (gemahlen)	„ 1.90	„	„ Pfund
Zucker (Kandis)	„ 2.25	„	„ „
Molkereibutter	„ 12.—	„	„ „
Landbutter	„ 8.25	„	„ „
Rindfleisch	„ 9.50	„	„ Pfund
Kalbfleisch	„ 8.50	„	„ „
Hammelfleisch	„ 5.—	„	„ „
Schweinefleisch	„ 3.—	„	„ „

Melsungen, den 3. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses

Oeffentliche Sitzung

der Stadtverordnetenversammlung am **Montag, den 14. Juni 1920, abends 8½ Uhr** im Sitzungszimmer des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Bereitstellung von Mitteln für die im Rechnungsjahr 1920 auszuführenden Straßenpflasterungen größerer Art.
2. Vorlage der Rechnung für die Ausführung der Arbeiten zum Anschluß der städtischen Wasserleitung an die Elbersdörfer.
3. Vorlage der Rechnung für die Ausführung der Arbeiten zur Verlängerung der Wasserleitung jenseit der Eisenbahnunterführung bei dem Forsthause Dörnbach.
4. Stellungnahme zum Vertrag über die Herstellung des Ortsnetzes nebst Krafthaus an das Elektrizitätsnetz des Ueberlandwerks.
5. Besprechung sonstiger Angelegenheiten.

Spangenberg, den 12. Juni 1920.

Siebert,
Stadtverordnetenvorsteher.

Aus der Heimat.

△ **Spangenberg,** 12. Juni. **Gedächtnisfeier auf der Burgveste.** Die alte Veste Spangenberg rüstet sich zu einer würdigen Gedenkfeier. In dem Weltkriege 1914 bis 1918 sind 100 ehemalige Angehörige der Forstschule Schloß Spangenberg den Heldentod fürs Vaterland gestorben, darunter die 4 Lehrer der Schule Oberförster Büff und die Forstaufseher Glänzer, Wagner und Hartmann. Nun soll wo sie einst jugendfroh und hoffnungsreich dem gleichen Ziele zustrebten, eine Ehrentafel ihre unsterblichen Namen künden. Die Anregung zu dieser Ehrung gab, noch als der Krieg tobte, Herr Forstschullehrer Grothe. Unter seinem Vorsitz bildete sich ein Stiftungsausschuß, der zunächst die vorbereitenden Schritte unternahm, um den pietätvollen Gedanken zur Ausführung zu bringen. Eine Sammlung unter den ehemaligen Schülern der Forstschule ergab einen namhaften Betrag, sodaß das Werk in Angriff genommen werden konnte. Mit der Herstellung der Ehrentafel wurde Professor Weber-Kassel betraut, der leider bald nach Vollendung seines Werkes verstarb; die Eintragung der Namen hat einer seiner Schüler vorgenommen. Die Ehrentafel, die für die Aula der Forstschule bestimmt ist, trägt an ihrem Kopfe in schöner Ausführung die Versinnbildlichung der Hubertussage, sowie das preußische, hessische und Spangenberger Wappen. Unter den 100 Namen der Gefallenen steht die Widmung: „Ihren unvergeßlichen treuen Toten Die ehemaligen Schüler der Forstschule Spangenberg." Am kommenden Donnerstag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, findet die feierliche Enthüllung und Uebergabe der Ehrentafel an die Forstschule statt. Zahlreiche ehemalige Angehörige der Schule werden aus diesem Anlaß nach Spangenberg kommen, um bei der Ehrung ihrer gefallenen Lehrer und Kameraden zugegen zu sein. Auch viele Angehörige der teuren Toten werden der Feier beiwohnen.

△ **Dankbarkeit.** Unsere Stadt ließ am Grabe des hessischen Dichters Heinrich Bertelmann, des Verfassers der Erzählung „Der Liebenbach zu Spangenberg" als Zeichen ihrer Dankbarkeit einen schönen Kranz niederlegen.

△ **Der 60. Geburstag.** Morgen, am 13. Juni, feiert Herr Stadtschreiber Heinrich Werner seinen 60. Geburstag. Allen in unserer Stadt wohlbekannt, hat er es verdient, daß die gesamte Bürgerschaft freudigen Anteil nimmt an seinem Geburtsfest. In den vielen Jahren seiner hiesigen Tätigkeit, zuerst als Kanzleigehülfe am Gericht und dann als Stadtschreiber, war er den Bürgern ein guter Berater in Gerichtssachen, Erbschaftssachen, Steuersachen und dgl. mehr. Jedem lieh er in uneigennütziger und aufopfernder Weise seinen vorzüglichen Rat und Beistand. Das Vertrauen seiner Mitbürger übertrug ihm in früheren Jahren auch das ehrenvolle Amt eines Stadtverordneten, das er, als er in städtische Dienste trat, aufgeben mußte. So möchten wir seinen Geburtstag benutzen, um ihm für alles, was er für die Stadt Spangenberg und seine Bürger getan hat, herzlich zu danken und ihm die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Leider muß Herr Werner diesen schönen Tag auf dem Krankenbett verleben. Möge ihm des Himmels gnädiger Beistand baldige Genesung verleihen.

§ **Heuernte.** Die Heuernte ist in vollem Gange. Die Sense klingt auf den Wiesen und die Mädchen tummeln sich, um das frisch geschnittene Gras zu wenden und seine schnelle Verwandlung zu Viehfutter herbeizuführen, das für die Milch- und Butterlieferung besonders wichtig ist. Zum Teil ist das Heu schon eingefahren und in den Lagerräumen untergebracht. Der Laie erkennt keinen großen Unterschied zwischen dem Wiesenbestand; der Landwirt sieht aber aus den einzelnen Kräutern schon die Güte des Wachstums. Und erst recht wissen die Tiere Bescheid, die sehr genau das Heu von nassen, sauren und guten Wiesen unterscheiden können.

Frisch auf!

(Zur Generalversammlung des hessischen Gebirgsvereins in Spangenberg am 13. Juni 1920)

Frisch auf, Euch vom Gebirgsverein! —
Bringt uns in's Städtlein Sonnenschein.
Gebräunt den Nacken und die Wangen,
Das Herz so frisch und unbefangen,
Tragt Ihr in echter deutscher Brust
Zu uns herein echt deutsche Lust.
Symbolisch schmückt Euch stolz ein Zeichen
Von Blättern starker, deutscher Eichen
Und wie die Eichen kernig-stark
Seid Ihr echt deutsch, bis in das Mark.
Ihr Freunde heimatlicher Flur,
Ihr Prediger der Gott-Natur,
Kommt, schöpft Euch hier am Liebesborn
Zu alter Treue neuen Sporn!
Die Berge rings im Sonnenschein,
Der Tannenwald, der Buchenhain,
Das alte Städtlein und die Burg,
Die Bächlein in der grünen Furch',
Sie alle rufen, spät und fruh,
Vertraut Euch ihr Willkommen zu. —
Jedoch wir Liebenbächleins Kinder,
Wir grüßen Euch, ob Lenz, ob Winter —
Zu jeder-Zeit — frisch auf! Tritt ein!
Du hessischer Gebirgsverein!

A. S.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 19. Juni 1920.

2. Sonntag nach Trinitatis.

Gottesdienst in:

Spangenberg:

Vormittags 10 Uhr: Metropolitan Schmitt.
Nachmittags ½2 Uhr: Pfarrer Schönewald.

Elbersdorf:

Nachmittags 1 Uhr: Metropolitan Schmitt.

Schnellrode:

Vormittags ½10 Uhr: Pfarrer Schönewald.

Aufruf.

Am Donnerstag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr findet auf dem Schloß die Enthüllung einer Ehrentafel für die ehemaligen Angehörigen der Forstschule, die im Weltkriege gefallen sind, statt; mit der Enthüllung ist eine Gedächtnisfeier verbunden. Aus diesem Anlaß werden zahlreiche Personen von auswärts (frühere Forstschüler usw.) in unseren Mauern weilen.

Die Bürgerschaft wird hierdurch aufgefordert, dem festlichen Tage Rechnung zu tragen. Im besonderen werden die Hausbesitzer gebeten, die Straßenreinigung am Mittwoch-Nachmittag gründlich vorzunehmen. Es gilt, unseren Gästen einen würdigen Empfang zu bereiten.

Schier, Bürgermeister.

Die Lichtrechnungen

bitte ich am **Dienstag, den 15. Juni** zu begleichen.

Werden an diesem Tage die Lichtbeträge nicht abgeführt, so haben die Zahlungen in meiner Fabrik im Dörnbach zu erfolgen.

G. W. Salzmann.

Die Regierungskrise.

Hermann Müller mit der Kabinettsbildung betraut

Der Reichspräsident hat Freitag mittag den bisherigen Reichskanzler Hermann Müller mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Der Kanzler hat, wie vorauszusehen war, sofort mit den Unabhängigen, und zwar mit dem neugewählten Abgeordneten Crispien Fühlung genommen. Sollte dieser Schritt nicht zum Ziele führen, womit man nach Lage der Sache bestimmt rechnen kann, wird Müller den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts zurückgeben.

Wie die Zentrumsparlamentskorrespondenz mitteilt, wird der Reichspräsident dann den Führer der Deutschen Volkspartei, Stresemann, ersuchen, eine neue Regierung zu bilden. Stresemann dürfte, wenn die Sozialdemokraten einen Beitritt zu einer Koalition einschließlich der Deutschen Volkspartei ablehnen, die Bildung eines rein bürgerlichen Kabinetts versuchen. Man neige in parlamentarischen Kreisen zu der Annahme, daß beide Versuche Stresemanns scheitern werden. Was dann zu geschehen haben werde, darüber seien sich die maßgebenden Kreise heute noch nicht völlig im Klaren. Es bestehe immerhin die Möglichkeit, die bisherige Mehrheitsbildung, die allerdings eine verhältnismäßig geringe sein würde, beizubehalten, vorausgesetzt, daß die Bayerische Volkspartei sich an der Regierungsbildung beteiligen würde.

Die Beratungen der Parteien.

Freitag vormittag fanden in der Reichskanzlei zwischen verschiedenen Parlamentariern, die in der Hauptsache den Mehrheitsparteien angehören, unverbindliche Besprechungen statt, die dazu dienen sollten, eine Klärung der Lage herbeizuführen. Wie zuverlässig mitgeteilt wird, nahm auch der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze an den Beratungen teil.

*

Zusammentritt des Reichstages am 24. Juni.

Der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach, dem nach der Reichsverfassung das Recht zusteht, auch den Reichstag einzuberufen, beabsichtigt den Reichstag am 24. Juni in Berlin zusammentreten zu lassen. In maßgebenden politischen Kreisen hofft man, daß bis dahin die Neubildung des Kabinetts vollzogen ist und sich am 24. Juni das neue Kabinett dem Reichstage vorstellen kann.

Nur 25 weibliche Abgeordnete.

Die Zahl der weiblichen Abgeordneten im neuen Reichstag ist gegenüber der Nationalversammlung beträchtlich zurückgegangen. Während die Nationalversammlung 36 Frauen zählte, wird der neue Reichstag nur 25 weibliche Abgeordnete zählen, und zwar drei Deutschnationale, zwei Deutsche Volksparteiler, drei Zentrumsmitglieder, drei Demokratinnen, 8 Mehrheitssozialistinnen, 4 Unabhängige, 1 Kommunistin und ein Mitglied der Bayer. Volkspartei.

Einzelstaatliche Landtagswahlen

Der Ruck nach rechts.

Gleichzeitig mit den Wahlen zum ersten deutschen Reichstag fanden in einer Anzahl deutscher Einzelstaaten Wahlen zu deren Landtag statt, die zum Teil, soweit das Ergebnis bis jetzt vorliegt, ein von den Resultaten der Reichstagswahlen im ganzen genommen wie auch in den Einzelstaaten selbst, oft ein abweichendes Bild zeigen. Man kann wohl sagen, daß der Ruck nach rechts, der sich bei den Reichstagswahlen im Reiche gezeigt hat, bei den Einzelstaaten größer ist als im „ganzen" Reiche.

Das Hauptinteresse bei den einzelstaatlichen Landtagswahlen beansprucht der nächst Preußen größte Staat des Reiches Bayern. Hier ist der Ruck nach rechts unverkennbar und die Regierungsbildung für Bayern liegt ganz einfach. Entweder dürfte die derzeitige Regierungskoalition, bestehend aus Bayerischer Volkspartei, Demokraten und Bayerischen Bauernbund weiterbestehen bleiben. Es besteht aber auch die Möglichkeit einer reinen Rechtsregierung aus Bayerischer Volkspartei, Mittelpartei und Bayerischen Bauernbund, die zusammen noch stärker sind als die alte Regierungskoalition. In Württemberg ist es zunächst ebenfalls möglich, die alte Koalition aufrecht zu erhalten und man wird auch hier bis zum Zusammentritt des des neuen Landtages das alte Kabinett bestehen lassen. Es ist aber auch möglich, daß sich hier neue Gruppierungen ergeben, die ebenfalls nach rechts tendieren würden. In Baden hat sich die dortige innerpolitische Lage wenig geändert. Die alte Koalition wird hier unverändert weiterbestehen. Einen unverkennbaren Ruck nach links zeigen die Landtagswahlen im Freistaate Anhalt. In Oldenburg tritt der Ruck nach rechts sehr deutlich hervor in den Umständen, daß die Deutsche Volkspartei dort allein 15 Sitze errungen hat und damit die stärkste Partei des Oldenburgischen Landtages darstellt. Hier ist die Regierungsbildung zunächst noch zweifelhaft. Die Lage ist hier ähnlich, wie im gesamten Reiche.

Es ist anzunehmen, daß die allmählich erfolgende Klärung in der Regierungsbildung im gesamten Reiche auch auf die Regierungsbildung der Einzelstaaten einwirken wird.

*

Neuwahlen in Sachsen.

Die sächsischen Sozialdemokraten und die Demokraten, veröffentlichen folgende Erklärung: Die beiden sächsischen Regierungsparteien sind gewillt, die Folgerungen aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen zu ziehen. Man wird deshalb die Regierungsbildung im Reiche abzuwarten haben. Die jetzige Kammermehrheit ist der Meinung, daß die Wahl zum neuen Landtage ungesäumt vorzunehmen ist, sobald die dringendsten Vorlagen, die im Interesse des Landes liegen, erledigt sind. Insbesondere müssen die Verfassung, zu deren Erledigung die Kammer gewählt worden ist, und die in übernächster Woche zu erwartende Wahlgesetzvorlage erledigt werden.

Wie die Frauen gewählt haben.

Mehr Wahlmüdigkeit als bei den Männern. — Der Zug nach rechts.

In einigen Städten, wie Köln, Hannover und Spandau, haben Männer und Frauen bei der letzten Reichstagswahl in getrennten Räumen gewählt. Bei der Abstimmung in Köln ergab sich, daß auf 229 627 Gesamtstimmen 119 263 Männerstimmen und nur 110 364 Frauenstimmen entfallen. Da auch in den übrigen Städten, in denen getrennte Wahl stattfand, ähnliche Feststellungen gemacht wurden, lassen sich aus diesen Zahlen verschiedene Schlüsse ziehen.

Aus den obigen Zahlen ist zu ersehen, daß 9000 Männer mehr gestimmt haben, obwohl die Zahl der weiblichen Wahlberechtigten bei weitem größer ist als die der männlichen Wähler. (Im ganzen Reiche stehen etwa 15 wahlberechtigten Männern über 17 Millionen wahlberechtigte Frauen gegenüber. D. Red.) Die Wahlmüdigkeit war also bei den Frauen erheblich größer.

Bei der Reichstagswahl in Köln ergab sich weiter, daß die Frauenstimmen hauptsächlich den Rechtsparteien zugute gekommen sind, während die Linksradikalen auffallend wenig Frauenstimmen erhielten. Nur etwa 33 Prozent fielen auf die Unabhängigen. Die Mehrheitssozialisten brachten es schon auf 40 Prozent, hingegen für die Deutschnationalen wurden über 50 Prozent Frauenstimmen abgegeben. Beim Zentrum machten die Frauenstimmen sogar 60 Prozent aller Stimmen aus, der rechte Flügel des Zentrums, der als „Christliche Volkspartei" vom Zentrum abgesplittert ist, vereinigte jedoch wieder weniger Frauenstimmen als Männerstimmen auf sich.

Aehnliche Feststellungen wurden auch in Spandau gemacht. Nach den Angaben des städtischen Statistischen Amtes in Spandau sind insgesamt 23 294 Männer- und 23 359 Frauenstimmen gültig abgegeben worden. Auf die sozialistischen Parteien (einschließlich der Kommunisten) entfielen von je 100 gültigen Stimmen bei den Männern 63,0 und bei den Frauen 56,1. Auch die Demokraten erzielten mehr Männer- als Frauenstimmen, während für das Zentrum und die beiden Rechtsparteien bedeutend mehr Frauen- als Männerstimmen abgegeben wurden. Auch in Hannover kamen die Frauenstimmen besonders Zentrum, Welfen und Volkspartei zugute.

Sichere Vergleiche wird man erst nach Vorliegen des Gesamtergebnisses der letzten Reichstagswahlen ziehen können. Große Abweichungen von den gemachten Feststellungen werden sich jedoch kaum ergeben.

Der Steuerabzug vom Lohn.

Die Ausführungsbestimmungen zur Reichseinkommensteuer.

Am 25. ds. Js. werden zum ersten Mal den Angestellten und Arbeitern 10 Prozent von ihrem Wochenlohn oder ihrem Monatsgehalt als Einkommensteuerquote abgezogen. Die soeben erschienenen Ausführungsbestimmungen zum Reichseinkommensteuergesetz besagen das Folgende darüber:

Jeder **Arbeitgeber** hat bei der Lohnzahlung zehn vom Hundert des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Soweit die Auszahlung des Arbeitslohnes aus einer öffentlichen Kasse erfolgt, gilt die auszahlende Kasse als Arbeitgeber im Sinne dieser Bestimmungen. Die Einbehaltung nach Absatz 1 unterbleibt, so lange der Arbeitnehmer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Als **Arbeitslohn** gilt jede in Geld, oder Geldeswert bewirkte einmalige oder wiederkehrende Vergütung für Arbeitsleistungen, insbesondere **Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen** oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge der in öffentlichem oder privatem Dienste angestellten oder beschäftigten Personen, Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit. Der Wert der Natural- oder sonstigen Sachbezüge ist zur Bemessung des einzubehaltenden Betrages mit dem Betrag anzurechnen, der sich aus den Lohntarifvereinbarungen ergibt. Liegen solche Vereinbarungen nicht vor, so ist der Wert der Natural- und Sachbezüge nach den Ortspreisen anzurechnen, die das Versicherungsamt nach § 160 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung festgesetzt hat.

Die Beiträge zur reichsgesetzlichen Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet worden sind, können in Abzug gebracht werden; sonstige Abzüge insbesondere für Werbungskosten, haben nicht zu erfolgen.

Für Dienstmädchen und andere Hausangestellte, deren Arbeitsertrag zum größten Teil in Naturalien ausbezahlt wird, ist die Sachlage noch nicht ganz klar gestellt. Bei einem Monatsgehalt von 80 Mark und freier Station müßte der Arbeitgeber nach diesen Bestimmungen — will er den jetzigen Wert der Lebensmittel und Wohnung Rechnung tragen — ungefähr 60 bis 70 Mark abziehen, so daß ein Gehalt von 10 Mark übrig bliebe. Das ist natürlich nicht der Sinn des Gesetzes. Der Abzug erfolgt in diesem Falle nach Maßgabe der bei den Krankenkassen angezeigten Einkommensverhältnisse.

Der einzubehaltende Betrag ist, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, auf volle Mark nach unten abzurunden; in allen übrigen Fällen ist der einzubehaltende Betrag auf volle zehn Pfennig nach unten abzurunden.

Uebersteigt der Wert der hingegebenen Steuermarken den Betrag der von dem Arbeitnehmer nach dem Steueranforderungsschreiben zu entrichtenden Einkommensteuer, so hat die Steuerhebestelle den Wert der Steuermarken bis zur Höhe der zu entrichtenden Einkommensteuer auf diese anzurechnen und über den nicht angerechneten Wert eine Empfangsbescheinigung dem Arbeitnehmer auszuhändigen.

Hat der Arbeitnehmer durch die vorläufige Abgabe mehr Steuern bezahlt, als er seinem Einkommen gemäß zu entrichten brauchte, so erfolgt am Schluß des Kalenderjahres eine Rückzahlung des Überzahlten Betrages. Die Rückzahlung erfolgt bei der zuständigen Gemeindesteuerkasse. Verlorene, unbrauchbar gewordene oder zerstörte Steuerkarten werden ersetzt. In solchen Karten nachweisbar eingeklebten und entwerteten Steuermarken werden ihrem Werte nach auf die Steuerschuld des Arbeitnehmers aufgerechnet; eine bare Herauszahlung findet in diesen Fällen nicht statt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 11. Juni 1920.

— Der Staatssekretär im Reichswehrministerium, Gehrke (Soz.) hat dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt angeboten. Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch angenommen, hat aber den Staatssekretär Stock gebeten, das Amt fortzuführen, bis die neue Regierung gebildet ist.

— Der Thüringer Bauernbund wird in den bevorstehenden Landtagswahlen von Thüringen, die am 20. d. M. stattfinden, mit eigenen Listen zur Wahl gehen. Er hofft, 12 bis 13 Abgeordnete in den Landtag zu bringen.

— In Württemberg kommt eine Neubildung der Regierung nicht in Frage. 55 Stimmen der Koalition stehen nur 46 Stimmen der Oppositionsparteien gegenüber.

*

:: **Reichspräsident Ebert kandidiert nicht mehr.** Wie der „Berliner Lokalanzeiger" von unterrichteter Seite hört, beabsichtigt der Reichspräsident Ebert nicht, von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren. Herr Ebert soll besonders dadurch zu seinem Entschluß bewogen worden sein, daß er innerhalb seiner Partei gewisse Widerstände gegen seine Person fände. Er empfindet sie als ungerechtfertigt, weil seine Gegner anscheinend übersähen, daß er als Reichspräsident keinen Parteiinteressen, sondern den Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes zu dienen habe.

:: **Wahlkorrekturen.** Der Wahlausschuß für die Reichstagswahl in Groß-Berlin hat festgestellt, daß die Zentrumspartei (Dr. Pfeiffer) in Berlin 36 540 Stimmen und in Potsdam 23 204 Stimmen, insgesamt 59 744 Stimmen erhalten hat. Es fehlen noch 256 Stimmen, um das Mandat zu erhalten. Die Deutsche Volkspartei sind in Berlin ungefähr 3584 Stimmen abgegeben worden, und in Potsdam 47 960 Stimmen, so daß die Partei noch ein Mandat erhält. Die U. S. P. D. hat in Berlin ungefähr 36 667 Stimmen und in Potsdam 46 409 Stimmen erhalten, so daß auch diese Partei noch ein Mandat mehr erhält. Wie von der Zentrumspartei in Frankfurt (Oder) mitgeteilt wird, betragen die Zentrumsstimmen im dortigen Wahlkreis 4 (Potsdam I) 18 [illegible] Stimmen; da die Zentrumsstimmen im Wahlkreis 4 11 576 Stimmen betragen, so ergibt sich infolge der Listenverbindung dieses Verbandswahlkreises zusammen die Zahl von 60 483 Stimmen für das Zentrum. Damit wäre der Frankfurter Spitzenkandidat Dr. Fischer gewählt, der außerdem noch ein Mandat für das ostpreußische Abstimmungsgebiet inne hat.

:: **Eine neue Note der Entente.** Die Alliierten haben an Deutschland eine Note gerichtet, in der sie energisch gegen die Nichtausführung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages protestieren, da Deutschland die Neutralen und eine ehemaligen Verbündeten zum Nachteil der Entente mehr begünstigt habe.

:: **Eine gesetzliche Regelung der Lebensmittelpreise** wird eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages sein. Es sollen Preise festgesetzt werden, die vom Erzeuger nicht über 15 Prozent, vom Händler nicht über 30 Prozent überschritten werden dürfen. Scharfe Strafen sind für Lebensmittelschieber und Wucherer vorgesehen. Außer mit hohen Strafen soll das Wucherwesen um mit vollkommener Vermögensbeschlagnahme, Konfiszierung des Geschäfts und Verbot des Handels bekämpft werden. Auch dem Wohnungswucher soll energisch gesteuert werden, er soll gegebenenfalls durch Einziehung der Mieten für den Hauswirt und durch zwangsweise Verwaltung des Hauses geahndet werden.

:: **Das Programm der Kommunisten.** Im „Kämpfer", dem Organ des einzigen, unmittelbar in seinem Wahlkreise gewählten Chemnitzer Kommunistenführers Heckert, wird in der Nummer vom 8. Juni folgendes erklärt: „Wir Kommunisten sind die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats. Unsere Stärke liegt nicht in der Abgabe eines Stimmzettels, sondern darin, daß wir in den revolutionären Aktionen, die uns unmittelbar bevorstehen, den zum revolutionären Kampf gezwungenen Massen wiederum führend vorangehen."

:: **Die Verkaufsverhandlungen der „Kölnischen Volkszeitung".** Die „Kölnische Volkszeitung" bezeichnet die verschiedenen Gerüchte über den Erwerb ihres Blattes durch Großindustrielle als unrichtig. Zurzeit finden lediglich und ausschließlich Verhandlungen mit Mitgliedern der Zentrumspartei statt, die das Blatt der Partei erhalten wollten. Die Verhandlungen würden in den nächsten Tagen ihren Abschluß finden, da in allen wesentlichen Punkten bereits eine Einigung erzielt worden sei.

:: **Ein Disziplinargerichtshof für Kappanhänger in Reuß.** In der Sitzung des Vollzugsrates für Thüringen wurde ein Gesetzentwurf angenommen, nach dem unächst im Freistaat Reuß ein Disziplinargerichtshof für Beamte, die sich am Kapp-Putsch beteiligt haben, eingerichtet wird. Als Grund für das Ausnahmegesetz wird angeführt, daß in Reuß der Landesgerichtspräsident sowohl wie eine Anzahl Richter an dem Putsch beteiligt gewesen, die Richterschaft überhaupt nicht zuverlässig sei und die ordentlichen Gerichte zu langsam arbeiten. Das Gesetz, welches gegen die Stimmen der Rechten und der Demokraten angenommen und von dem Abgeordneten und Rechtslehrer Geheimrat Prof. Dr. Rosthal-Jena als eine Ungeheuerlichkeit und in der Kulturwelt als einzig dastehend bezeichnet wurde, tritt sofort in Kraft. Den anderen thüringischen Staaten wurde anheimgestellt, das Gesetz gleichfalls in Anwendung zu bringen.

Rundschau im Auslande.

* Der ehemalige französische Ministerpräsident Painleve wird nach China reisen, wo er den Posten eines

ernannten Generaldirektors der chinesischen Staatseisenbahn eingenommen wird.

Oesterreich: Rücktritt der Regierung.

Staatskanzler Dr. Renner, die sozialistischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, haben in der Donnerstag-Nacht ihre Demission gegeben. Die Ursache der Krise liegt in schweren Differenzen zwischen den beiden Koalitionsparteien (Sozialisten und Christlich-Sozialen) über die Verfassungsreform, die Vermögensabgabe und die Einführung von Soldatenräten in der neuen Armee.

Ungarn: Kaiser Karl will nach Ungarn.

Die „Arbeiterzeitung" veröffentlicht eine Meldung aus Rotterdam, daß in belgischen Kreisen verlaute, Exkaiser Karl habe sich an die Entente-Regierungen mit der Bitte gewandt, seine Rückkehr nach Ungarn zu gestatten. Der Exkaiser behaupte, daß er in der Schweiz wegen Mangels an Geldmitteln nicht bleiben könne, während er in Ungarn als Privatmann auf seinen Gütern leben könne.

Polen: Regierungskrise auch in Polen.

Die polnische Regierung hat ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Staatspräsident hat es angenommen und die Regierung gebeten, die Geschäfte vorläufig weiter zu führen. — Der polnische Heeresbericht behauptet Erfolge im Norden, sagt dann aber: „In der Ukraine kämpfen unsere Truppen heldenhaft ausdauernd gegen überlegene feindliche Kräfte, die um jeden Preis versuchen, unsere Front zu durchbrechen." — Soll etwa die überraschende Amtsmüdigkeit der Regierung auf den bevorstehenden Zusammenbruch der polnischen Ostfront schließen lassen? Die Regierung hat das polnische Volk in den Krieg gegen Sowjetrußland hineingehetzt und will sich jetzt, wo das Unternehmen nach anfänglichen Erfolgen kläglich zu scheitern beginnt, rechtzeitig in Sicherheit bringen. . .

Frankreich: Keine Spaa-Konferenz?

Zu der neuerlichen Verwicklung der europäischen Lage durch den Rücktritt des neuen italienischen Kabinetts und die in Deutschland durch die Wahlen herbeigeführte Regierungskrise bemerkt eine Havasnote, angesichts dieser Tatsachen frage man sich in amtlichen alliierten Kreisen, ob das italienische und das deutsche Kabinett so rechtzeitig gebildet werden würden, daß sie sich noch vor der Juli-Zusammenkunft der Alliierten in Brüssel als der Vorbereitung für Spaa den Parlamenten vorstellen könnten, andernfalls müßte die Konferenz von Spaa von neuem vertagt werden. Es sei daher möglich, daß unter diesen Umständen die Führer der alliierten Regierungen genötigt seien, auf die Zusammenkunft zu verzichten. Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel zwischen den Vertretern der Alliierten, der Deutschen und der Neutralen könne vielleicht stattfinden, ohne das Ergebnis der Konferenz in Spaa abzuwarten. Sie würde dann die Aufgabe haben, Maßnahmen zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa zu treffen, vor allem durch eine internationale Anleihe. Die alliierten Regierungen und die Reparationskommission würden natürlich die Beschlüsse gutheißen, die als unumgänglich notwendig angesehen würden, wenn man in kurzer Zeit den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in Angriff nehmen wolle.

Italien: Giolitti mit der Kabinettsbildung betraut.

Der König von Italien hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Nitti genehmigt und Giolitti mit der Kabinettsbildung betraut. Als Giolitti nach der stürmischen Sitzung der Kammer das Parlamentsgebäude verließ, war er eine große Menge auf der Piazza Montecitorio und begrüßte ihn lebhaft. Der „Messaggero" weist auf die völlig veränderte Stimmung des Volkes hin, das denselben Giolitti heute als Retter feiert, den es 1915 als „Verräter" ächtete. Giolitti dürfte in kürzester Frist sein Kabinett gebildet haben. Interessant ist, daß laut „Messaggero" Giolitti alsbald einen Antrag einbringen wolle, die für den Eintritt Italiens in den Krieg verantwortlichen früheren Minister Salandra, Sonnino und Genossen vor einen Staatsgerichtshof zu stellen.

Lokales.

△ **Das Grab im Sommer.** Bei der Frage, wie das Grabbeet für den Flor des Sommers zu verwerten sei, kommt es auf die besondere Vorliebe der Gartenfreunde für gewisse Blumen, auf die Größe der Fläche und auf die Mittel an, welche man anwenden kann. Für einfache Verhältnisse sind in jedem Falle Sommerblumen vorzuziehen, für mittlere Topf- und Florblumen, für wohlhabende Teppich- und Blattpflanzen. Perennierende Stauden sind deshalb nicht überall zu empfehlen, weil ihr Flor meist nur auf eine gewisse Zeit bemessen ist und der Anblick der abgeblühten Zweige nicht gerade schön auf das Auge wirkt. Immerhin können einige niedrige Sorten als Einfassungspflanzen, deren Blütezeit längere Zeit währt, empfohlen werden. Dahin gehören Stiefmütterchen, Primeln, Nelken, Goldlack. Man denke immer beim Pflanzen an die Ausdehnung der Blumen zur Zeit der Blüte und pflanze lieber zu weit als zu eng. Man wähle solche Sommerblumen, welche eine lange Dauer haben, z. B. Silene, Lobelien, Löwenmaul, Zinnien, Nemophila, Kapuzinerkresse, Phlox, Levkoyen, Verbenen, Petunien. Auch Florblumen, welche im Topfe ausgepflanzt und sorgfältig angebunden werden müssen, lassen sich verwerten, z. B. Fuchsien, Pelargonien, Bogonien, Hortensien, Hydrangeen, Topfnelken. Immer beachte man, daß die Anordnung der Blumen so erfolgt, daß die höchsten und schnellwachsenden Arten ihren Platz am Kopfende oder in der Mitte des Grabhügels erhalten, während die langsam wachsenden und niedrig bleibenden mehr nach dem Rande und Fußende zu gepflanzt werden, jedoch muß ein steifes, abgehacktes Aussehen der Bepflanzung vermieden werden.

△ **Beherzigenswerte Wünsche für die Reisezeit.** Man reiche dem Bahnsteigschaffner die Fahrkarte so, daß er sie sofort von sich aus lesen und durchlochen kann. Das ist für den einzelnen nur eine kleine Mühe, und wenn jeder sich derselben unterwerfen wollte, würde die Abfertigung des Publikums sehr rasch erfolgen können. — Man frage vor dem Einsteigen in einen Zug lieber einmal zu viel als zu wenig, ob dies der richtige ist, und ob er auch dort anhält, wo man auszusteigen wünscht. — Man sei taktvoll und stelle sich nicht zu lange an das Fenster des Eisenbahnwagens. Dadurch wird den Mitfahrenden in rücksichtsloser Weise die Aussicht versperrt, an der sie ein gleiches Anrecht haben wie wir. — Man vergesse auch einen höflichen, einfachen Guten-Tag-Gruß nicht, wenn man in den Wagen steigt, in dem bereits Mitreisende sitzen. Ein Gruß ist das erste Mittel, das zu einer wirklich traulichen Fahrt verhilft. Man hat sich durch ihn als anständigen Menschen legitimiert, und eine solche Legitimation schadet niemals.

△ **Erhöhung der Invalidenmarken.** Wie mitgeteilt wird, tritt am 1. August eine erhebliche Steigerung der Beiträge zur Invaliden- und Altersversicherung und damit ein erhöhter Rentenbezug ein. Es kosten: 1) die jetzigen 50 Pfg.-Marken der Lohnklasse V 1,40 Mark; 2) die jetzigen 42 Pfg.-Marken der Lohnklasse IV 1,20 Mark; 3) die jetzigen 34 Pfg.-Marken der Lohnklasse III 1,10 Mark; 4) die jetzigen 26 Pfg.-Marken der Lohnklasse II 1 Mark; 5) die jetzigen 18 Pfg.-Marken der Lohnklasse I 90 Pfg. Die Zuteilung der Versicherten zu den einzelnen Lohnklassen bleibt vorläufig unverändert, so daß zum Beispiel diejenigen, die jetzt 50 Pfg.-Marken kleben müssen, vom 1. August ab solche zu 1,40 Mark zu kleben haben usw. Alle Quittungskarten sind mit den jetzigen Marken bis zum 31. Juli ds. Js. ordnungsmäßig zu bekleben und durch Daten zu entwerten. Die jetzigen Marken verlieren für die Beitragsleistung nach dem 1. August ds. Js. ihre Gültigkeit.

△ **Die Verwundetenabzeichen für die Bahn- und Postbeamten.** Das preußische Ministerium hat beschlossen, nunmehr auch den Angehörigen des Eisenbahnpersonals und der Postverwaltung, die bei Kriegshandlungen verwundet worden sind, das Verwundetenabzeichen zu verleihen. Nach der bisherigen Praxis der Verleihung des Abzeichens waren die Angehörigen dieser beiden Beamtenkategorien davon grundsätzlich ausgeschlossen gewesen.

△ **Unbestellbare Postpakete.** Während früher Pakete, deren Annahme vom Empfänger verweigert wird, vor der Rücksendung von den Postanstalten unbestellbar gemeldet werden mußten, werden derartige Pakete jetzt der geänderten Postordnung entsprechend, unverzüglich an den Absender zurückgesandt, wenn dieser nicht im voraus eine andere Bestimmung getroffen hat. Wünscht der Absender, daß ihm unbestellbare Pakete zunächst unbestellbar gemeldet werden, so muß er dies durch den Vermerk „Wenn unbestellbar, Meldung" auf der Vorderseite der Paketkarte und des Pakets zum Ausdruck bringen.

Aus Stadt und Land.

** **Dreihundert Goldstücke beschlagnahmt.** Von der Berliner Kriminalpolizei wurden bei einem Juwelier im Westen der Stadt 300 Goldstücke beschlagnahmt, als sie in das Ausland verschoben werden sollten. Zehn- und Zwanzigmarkstücke wurden in großer Menge von Schiebern eingeschmolzen und dann verkauft, als für die Goldmenge eines 20-Markstückes noch bis zu 400 Mark bezahlt wurden. Der Preis des eingeschmolzenen Goldes ist jedoch jetzt so weit gesunken, daß ein Zwanzigmarkstück nur noch 170 bis 180 Mark bringt. Die Schieber verkaufen deshalb jetzt die Münzen als solche und erhalten so für ein Zwanzigmarkstück im Auslande immer noch 220 bis 230 Mark. Deshalb hatte auch eine Schmelze 300 Zwanzigmarkstücke einem Juwelier übergeben, damit er sie ins Ausland verschiebe. Der Juwelier fand einen Käufer, der 230 M. für das Stück bot. Bevor jedoch die Münzen ins Ausland abgeführt werden konnten, beschlagnahmte die Kriminalpolizei das Gold.

** **Millionenschaden durch Banderolenfälschungen.** Der Leipziger Kriminalpolizei ist es gelungen, eine zehnköpfige Banderolefälscherbande auszuheben, deren Mitglieder teils in Leipzig, teils in Dresden-Aue und Bautzen ihren Wohnsitz hatten und in Obercunewalde eine mit den modernsten Maschinen und Pressen eingerichtete Druckerei in einem gemieteten Raume betrieben, in der sie nachweisbar Banderolebogen im Werte von über 1 310 000 Mark gefälscht haben. In Wirklichkeit ist die Anzahl der gefälschten Bogen zweifellos bedeutend größer. Die Hauptschuldigen und eigentlichen Fälscher sind zwei Steindrucker und ein Handlungsgehilfe, während die übrigen Verhafteten, darunter ein vereidigter Bücherrevisor, beim Vertrieb der Bogen mitgewirkt haben. Der dem sächsischen Staat durch die gemeingefährliche Bande verursachte Schaden soll in die Millionen gehen.

** **Ein verschwundenes Wahlergebnis.** Der Feststellung der amtlichen Wahlergebnisse für den Wahlkreis Köln-Aachen, die Donnerstag nachmittag erfolgen sollte, stellten sich unvorhergesehene Hindernisse entgegen. Auf der Post war nämlich der vom derzeitigen Landrat des Kreises Wipperfürth an die Regierung zu Köln aufgegebene eingeschriebene Eilbrief mit den Wahlakten des Kreises Wipperfürth verschwunden und bis jetzt nicht eingetroffen. Infolgedessen mußte eine neue Sitzung des Wahlvorstandes auf Freitag nachmittag in der Erwartung anberaumt werden, daß sich bis dahin die verschwundenen Akten auf der Post wiederfinden.

** **Ausschreitungen gegen ein Kruppwerk.** In den letzten Tagen ist es zu tumultarischen Ausschreitungen in Essen gekommen. Am 9. Juni nachmittags zogen mehrere hundert Arbeiter vor das Verwaltungsgebäude der Kruppschen Friedrich Alfred-Hütte in Rheinhausen und suchten von der Werksleitung sofortige Zusage von Lohnerhöhungen zu erzwingen. Die Verwaltung erklärte, hierüber nur mit dem Betriebsrat als der gesetzmäßigen Vertretung der Arbeiterschaft verhandeln zu können. Die vor dem Gebäude demonstrierende Menge war inzwischen stark angewachsen und legte nach einigen Reden ihrer Führer sofort das gesamte Werk still. Arbeitswillige wurden aus den Werkstätten vertrieben. Die Ausführung von Notstandsarbeiten wurde mit Gewalt verhindert. Es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Die Friedrich-Alfred-Hütte mit 8500 Mann Belegschaft liegt seitdem völlig still. Keinerlei Notstandsarbeiten werden verrichtet. Der Schaden rechnet schon jetzt nach Millionen, denn infolge des plötzlichen Ausbruchs des Tumults und der gewaltsamen Verhinderung der wichtigsten Notstandsarbeiten konnten ausreichende technische Vorkehrungen, wie sie beim Stillegen von Hütten notwendig sind, nicht getroffen werden. Eine Störung der übrigen Kruppschen Werke, die von Rheinhausen ihre Rohstoffe beziehen, und der von ihnen wieder belieferten weiterverarbeitenden Betriebe wird um so weniger zu vermeiden sein, je länger die tumultarische Störung in Rheinhausen anhält.

** **Eifersuchtsdrama.** In Saarbrücken wurde hinter der Ulanenkaserne die Leiche eines Mannes mit einem Schuß im Halse aufgefunden. Der Getötete ist nach seinen Ausweispapieren französischer Staatsangehöriger. Etwa 100 Meter davon entfernt fand man die Leiche eines deutschen Mädchens, das eine Schußwunde im Kopf hatte. Vermutlich handelt es sich um ein Eifersuchtsdrama.

** **Massenverhaftungen ungetreuer Bahnbeamter.** Durch die Eisenbahnkriminalabteilung Düsseldorfs wurden umfangreiche Güterdiebstähle aller Art, die seit drei Jahren auf dem Düsseldorfer Hauptbahnhof ausgeführt wurden, aufgedeckt. Bisher sind 45 Beamte und Arbeiter verhaftet worden, darunter ein Oberbahnassistent, sechs Rangiermeister, neun Rangierführer, fünf Lokomotivführer, zwei Heizer und sieben Weichensteller. Der der Eisenbahnverwaltung entstandene Schaden wird auf mehrere 100 000 Mark geschätzt.

** **Beraubung der nassauischen Fürstengruft.** Räuber erbrachen die nassauische Fürstengruft in der St. Arnualer Stiftskirche und stahlen Abendmahl- sowie Taufgefäße. — Das Charlottenburger Mausoleum, Bismarcks Gruft, die Gräber Schillers und Goethes, der Hildesheimer Domraub und jetzt die Schandtat von Nassau. — Es wird allmählich Zeit, daß diesen Schandbuben das „Handwerk" gelegt wird.

** **Bestattung der 13 Opfer der Grazer Ausschreitungen.** Das Leichenbegängnis der 13 Opfer des Kirchenrummels fand unter Beteiligung von 30 000 Personen in aller Ruhe statt. Die linksradikale Arbeiterschaft verlangt die Stellung des Gendarmerie-Rittmeisters Lichen vor ein Volksgericht und droht für den Fall, daß diese Forderung der Arbeiterschaft nicht erfüllt werden sollte, mit dem Generalstreik in ganz Steiermark.

** **Einbruch bei Caruso.** Mailänder Blätter melden aus Newyork, daß in der Villa Carusos unweit Newyork eingebrochen und aus ihr für 6½ Millionen Lire Wertgegenstände entwendet wurden. Der Diebstahl erregt in Newyork um so größere Ueberraschung, als der berühmte Tenor einige Detektive für die Ueberwachung seiner Villa besoldet hatte.

Volkswirtschaftliches.

Abbau der Zwangsviehwirtschaft. Der Zentralviehverband in Dessau leitet den Abbau der Viehzwangswirtschaft in Anhalt als erstem deutschen Staat ein. Vertreter der bayerischen, badischen und württembergischen Regierung haben sich nach Dessau begeben, um die Organisation der Abbauwirtschaft zu studieren.

Berlin, 11. Juni. (Börse.) Die noch immer fortbestehende Unklarheit über die innerpolitische Lage blieb auch heute nicht ohne Einfluß auf die Börsenstimmung, so daß sich die Umsätze im allgemeinen in engen Grenzen hielten. Die ausländischen Zahlungsmittel lagen zu Beginn der Börse ziemlich fest, schwächten sich aber späterhin wieder etwas ab. Kriegsanleihe und Sparprämienanleihe mit 79,75 bezw. 90,75 unverändert.

Letzte Nachrichten.

Obstruktion der Bürgerlichen in Braunschweig.

Die Bildung der neuen Staatsregierung stößt im Braunschweigischen Landtag auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Führer der beiden sozialistischen Parteien verlangten die Bildung einer rein sozialistischen Regierung, die durch zwei Unabhängige und zwei Sozialdemokraten repräsentiert werden sollte. Die Vertreter der beiden bürgerlichen Fraktionen, des Landeswahlverbandes und der Demokraten, verwahrten sich mit aller Entschiedenheit gegen eine rein sozialistische Regierung und kündigten der sozialistischen Landtagsmehrheit sofort schärfsten Kampf an, wenn sie den Willen der bürgerlichen Bevölkerung einfach vergewaltigen würden. Als schließlich über die neue Regierungsbildung abgestimmt werden sollte, traten die bürgerlichen Abgeordneten sofort in Obstruktion. Sie führten dadurch die Beschlußunfähigkeit des Landtags herbei und wollen die Obstruktion auch in den folgenden Tagen fortsetzen, um die Einsetzung einer rein sozialdemokratischen Regierung zu verhindern. Da die Bildung einer arbeitsfähigen und rein sozialistischen Regierung gegen den Willen der bürgerlichen Fraktion geradezu unmöglich erscheint, ist in Braunschweig mit der baldigen Einsetzung einer Zwangsregierung oder einer Auflösung des vor drei Wochen erst gewählten Landtages zu rechnen.

Die Verhandlungen über den Schleswig-Vertrag.

Die deutsche Regierung hat für ihre Entscheidung über den Schleswig-Vertrag um eine Verlängerung der zehntägigen Frist gebeten, ohne eine bestimmte Anzahl von Tagen anzugeben. Nach Nachrichten aus Kopenhagen soll diese Frist bereits bewilligt sein. Amtlich ist hierüber indessen in Berlin noch nichts bekannt. Man kann annehmen, daß die deutsche Regierung die Fristverlängerung nicht erbeten hat, um sich über das Ja oder Nein schlüssig zu werden, sondern um nachdrücklichst darauf zu dringen, daß in Verhandlungen über die wichtigsten Fragen des Vertrages eingetreten wird.

Drei bolschewistische Divisionen aufgerieben.

Nach einem Telegramm aus Warschau besagt der polnische Generalstabsbericht: Zwischen der Düna und der oberen Beresina hat die polnische Gegenoffensive in schweren Kämpfen den Widerstand des Feindes gebrochen. Die 12., 18. und 53. bolschewistische Division wurden vollständig aufgelöst. An der Düna versuchte der Feind Widerstand zu leisten in starken eingemauerten Stellungen, die vom Krieg herstammen. Beim Brückenkopf von Kiew, jenseits des Dnjepr, haben polnische Streitkräfte die dort vereinigten bolschewistischen Streitkräfte auseinandergesprengt und eine Anzahl Gefangene gemacht sowie Maschinengewehre und zwei schwere Geschütze erbeutet. Zwischen dem Dnjepr und dem Dnjestr haben die polnisch-ukrainischen Truppen bedeutende Fortschritte gemacht.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Reichspräsident Ebert hat den Reichskanzler Hermann Müller mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Hessischer Bankverein.

Aktiengesellschaft. Abteilung Melsungen.

Erledigung aller bankmässigen Geschäfte.

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Zinssätzen. An- u. Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Verlosungskontrolle, Stahlpanzerschrank.

Einziehung von Zins- u. Dividendenscheinen u. verloster Wertpapiere. Uebernahme von Vermögensverwaltungen.

Einrichtung von Scheckkonten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs.

Hofphotograph

Oscar Telgmann

aus **Eschwege** ist **Sonntag, den 13. Juni in Spangenberg** anwesend, um

photograph. Aufnahmen

von **Familien und Kindern** vorzunehmen. Bestellungen nimmt Herr **Lösch**, Buchhandlung entgegen. Die Aufnahmen finden im Restaurant **Heinz** statt.

Das Heugras

von 25 ar Wiese zu verkaufen.

August Siebert, Neustadt.

Getreidemäher, Grasmäher, Heuwender, Kultivator, Ackerpflüge, Runkelmühlen, Eggen, Centrifugen und Butterfässer,

sowie einige gebrauchte, gut reparierte

Mähmaschinen

zu haben bei

J. H. Herbold, Spangenberg.

Versteigerung

Wegen Auflösung des Haushalts sollen am **Montag, den 14. Juni ds. Js. nachmittags von 1 Uhr ab in Spangenberg, Rathausstraße 141** (im Hofe) folgende Gegenstände:

1 Sopha nebst 2 dazu gehörigen Sesseln, 1 Vertiko, 1 Schreibpult, 1 Konsole, 1 Kommode, mehrere Tische, 1 Bücherregal, 1 Schaukelstuhl, 12 Rohrstühle, 1 Regulator, 2 Zimmerpritschen mit Geländer, mehrere Spiegel, Bilder, 1 großer Kleiderschrank, 1 Leinenschrank, 1 Küchenschrank, 1 Eisschrank 1 Küchentisch 1 Sitzbadewanne, 1 Waschmaschine, 1 Nähmaschine, Ausrüstungsgegenstände für Forstleute, darunter 2 Jagdgewehre, 1 Tesching, Hirschstangen, 1 Paar Schneeschuhe, 1 Kaffeeservice für 12 Personen, Porzellan aller Art, Gläser, Lampen, Küchengeräte, Haushaltungsgegenstände und vieles andere mehr

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Ernst Hartmann.

J. J. V. Sp.

Sonntag, den 13. Juni 1920, Bahnfahrt nach Waldkappel, Rodebach, Seestein, Kitzkamm, Viehhaus (Abkochen)! Kassler Kuppe, Lusthäuschen, Kalbe, Schwalbenthal, Abterode (Unterkunft besorgt der Verein Abterode) Montag morgen Marsch nach Niederhone, zurück mit der Bahn nach Spangenberg.

Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof. Führung Herr Windmüller.

Dienstag, den 15. Juni 1920, abends 9 Uhr Vereinsabend. Karten mitbringen.

Am Mittwoch, den 16. Juni

abends 8 Uhr veranstaltet die Kapelle des **4. Bataillon** (Jäger 11) **Reichswehr-Schützen-Regiment Nr. 22** in meinem Saale ein

KONZERT

wozu freundlichst eingeladen wird.

Eintritt 1.— Mk. **Eintritt 1.— Mk.**

Heinz.

Kriegsbeschädigten-Vereinigung

Spangenberg und Umgegend.

Die Monatsversammlung

findet am **Sonntag, den 13. Juni,** nachmittags 2 Uhr im Gasthof „Zum deutschen Kaiser" statt.

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand

Gesang-Verein **Liedertafel**

Heute — Sonnabend — Abend 9 Uhr

Gesangstunde.

Der Vorstand

Empfehle mein reichhaltiges Lager

in

Schmucksachen aller Art

Herren- und Damen-Uhren

Wand- und Wecker-Uhren

Barometer u. Thermometer

Kompasse

Friedmann's

Uhrenhandlung u. Reparaturwerkstatt

Buchdruckerei

HUGO MUNZER

Fernruf 27 Rathausstr. 141. Fernruf 27

Anfertigung von

DRUCKSACHEN

FÜR HANDEL, GEWERBE u. INDUSTRIE

in sauberer und geschmackvoller Ausführung

zu angemessenen Preisen

Verlag d. Spangenberger Zeitung

Karbid

von Mk. 435.— f. % Kg. an je nach Abnahme.

Alfred Hupfeld, Großhandlung, **Cassel.**

Zurückgekehrt

Dr. Zulauf

Frauenarzt, Cassel

Hohenzollernstraße 2

Auf sofort oder 1. Juli tüchtiges

Dienstmädchen

auf ein Gut in der Nähe Spangenbergs gesucht.

Lohn monatlich 80 Mark evtl. auch noch Naturalien.

Angebote unter „A. 100" an die Geschäftsstelle d. Bl.

Fleischhöchstpreise.

Rindfleisch	= 9.50 Mk.	je Pfund,
Kalbfleisch	= 8.50 Mk.	je Pfund,
Hammelfleisch	= 5.— Mk.	je Pfund,
Schweinefleisch	= 3.— Mk.	je Pfund,

Spangenberg den 11. Juni 1920.

Der Bürgermeister.
Schier.

Die **gute** Ware liefert **Höhl** : Etagengeschäft in **Cassel**, große Rosenstr. **12**